

Handelszeitung

IWF und EU warnen Spaniens Banken

16.12.2013

Die Wirtschaft stabilisiert sich allmählich. Doch die Banken des südeuropäischen Landes bleiben unter Druck: Jetzt warnen IWF und EU vor neuen Gefahren für den spanischen Finanzsektor.



Blick auf Spaniens Zentralbank: Der Finanzsektor steht weiter unter Druck.
(Bild: Keystone)

Die spanischen Banken werden nach Einschätzung von IWF und EU-Kommission in den kommenden Jahren unter Druck bleiben. Weiter fallende Immobilienpreise und eine sinkende Vergabe von Krediten würden die Bilanzen der Geldhäuser belasten, hiess es in einem am Montag vorgelegten Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Kommission. Da Spanien aber 41 Milliarden Euro Finanzhilfen seiner Euro-Partner zur Stützung der schwächsten Banken eingesetzt habe, sei die Bonität der Institute inzwischen ausreichend. Trotzdem müssten sie ausreichend Vorsorge für künftige Verluste treffen und sich gut auf den europäischen Banken-Stresstest 2014 vorbereiten.

Wirtschaft wächst wieder

Damit geht es dem Finanzsektor schlechter als der Realwirtschaft: Das [Euro-Krisenland ist nach über zwei Jahren mit schrumpfender Wirtschaftsleistung im Sommer erstmals wieder der Rezession entkommen](#). Im dritten Vierteljahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,1 Prozent zum Vorquartal. Die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft, die sich stärker auf den Export konzentrierte, verbessert sich, sagte Daniel Hartmann, Ökonom beim Anleihe-Manager Bantleon: «Parallel dazu entschulden sich die Unternehmen. Exporte und Investitionen sollten deshalb in den nächsten Jahren spürbar expandieren», erwartet er.

Das Programm von IWF und EU läuft zum 23. Januar aus. Die Geldgeber hatten Spanien bereits im Oktober bescheinigt, bei der Reform des Banken-Sektors auf Kurs zu sein. Die

Regierung in Madrid hatte Mitte 2012 bis zu 100 Milliarden Euro aus dem europäischen Hilfsfonds ESM zugesprochen bekommen, um die Geldhäuser nach dem Platzen einer Immobilienblase zu stützen. Unter den Euro-Rettungsschirm war Spanien aber nicht geschlüpft. Von den genehmigten Hilfen sind 41,3 Milliarden Euro geflossen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung zu Finanz-Reformen.